

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

I. Quartal 2017

Wirtschaftschronik. I. Quartal 2017

Die künftig 27 Mitgliedsländer der Europäischen Union feiern die Unterzeichnung der "Römischen Verträge" vor 60 Jahren. Nach 44 Jahren der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft reicht Großbritannien den Austrittsantrag ein. Die britische Regierung fordert einen "harten Brexit", d. h. einen Austritt aus sämtlichen EU-Institutionen und dem Binnenmarkt. Mit der Aufkündigung des transpazifischen Handelsabkommens beginnt der designierte Präsident der USA Donald Trump, seine protektionistischen Ankündigungen umzusetzen. – Die österreichische Bundesregierung stellt ein neues Arbeitsprogramm für die Jahre 2017/18 mit einem zeitlichen Umsetzungsplan vor. Eine der ersten konkreten Maßnahmen ist der mit 2 Mrd. € dotierte Beschäftigungsbonus, eine Förderung der Lohnnebenkosten für die Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte aus dem österreichischen Arbeitsmarkt.

Calendar of Economic Events. First Quarter 2017

The soon-to-be 27 member countries of the European Union celebrate the signing of the "Roman Treaties" 60 years ago. After being a member of the European Community for 44 years, the UK handed over its notice to leave. The British government calls for a "hard Brexit", i.e. leaving all EU bodies and the internal market. Donald Trump, the new US president, starts to put his protectionist election promises into practice by serving notice on the Trans-Pacific Partnership (TPP) Agreement. – The Austrian federal government is presenting a new working programme for 2017-18 together with a time schedule. One of the first specific measures is an employment bonus scheme funded at 2 billion €, which subsidises the non-wage labour costs when additional workers drawn from the Austrian labour market are being employed.

Kontakt:

Mag. Angelina Keil: WIFO, 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, angelina.keil@wifo.ac.at

JEL-Codes: D02, E02, N00 • **Keywords:** Chronik, Institutionen, Österreich, EU, international, Wirtschaftspolitik

Abgeschlossen am 31. März 2017.

Begutachtung: Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

1. Ausland

1. Jänner: Die Peoples Bank of China erweitert im Rahmen ihrer Wechselkurspolitik den Währungskorb von 13 auf 24 Währungen, um die Handelsbeziehungen besser abzubilden. Damit sinkt der Anteil des Dollars um 4 Prozentpunkte auf 22,4%, der des Euro von 21,4% auf 16,3%.

China: Wechselkurspolitik

17. Jänner: Die britische Premierministerin May stellt in einer Grundsatzrede die Rahmenbedingungen zum Austritt aus der EU mit einem Ausstieg aus sämtlichen europäischen Institutionen und Verträgen einschließlich des Binnenmarktes dar. Mit diesem "harten Brexit" strebt sie einen umfassenden Freihandelsvertrag und ein neues Zollabkommen an, eine deutliche Verringerung der Zuwanderung aus der EU, eine Abkoppelung von der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes, Kooperation im Kampf gegen Terrorismus, keine weiteren Beitragszahlungen an den EU-Haushalt, eine Abstimmung des britischen Parlaments über die Verhandlungsergebnisse mit der EU und eine Beziehung zu Irland, die die britische Grenzsicherung erlaubt, ohne den Verkehr in dieser Region zu behindern.

Großbritannien: Brexit

17.-20. Jänner: Anlässlich der 47. Jahrestagung des Weltwirtschaftsforums Davos (World Economic Forum) werden die politischen Risiken, die Folgen des Brexit und die Gründe des Erfolges populistischer Politik erörtert. Die Direktorin des Internationalen Währungsfonds Lagarde führt diesen Erfolg auf die problematische Position der Mittelschicht zurück. Diese würde zugleich wachsen und schrumpfen. In den Entwicklungs- und Schwellenländern habe sich ein Mittelstand entwickelt, in den Industrieländern werde dieser kleiner, verbunden mit Angst vor dem Abstieg und Desillusi-

Weltwirtschaftsforum:
Populismus

onierung. Die Einkommensschere zwischen den Ländern schließe sich, innerhalb der Länder zeige sich ein anderes Bild.

USA: TPP

21. Jänner: Der Präsident der USA Trump erlässt per Dekret den Ausstieg der USA aus dem transpazifischen Handelsabkommen (TPP). Im Februar 2016 wurde das Abkommen von Australien, Brunei, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, den USA und Vietnam unterzeichnet. Der Präsident strebt auch eine baldige Neuverhandlung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA an.

Griechenland: IWF Schuldenerleichterung

7. Februar: Der Internationale Währungsfonds hält eine Erleichterung der Schuldenlast Griechenlands durch die Euro-Länder für notwendig, da die Schulden für das Land unhaltbar seien. Der für 2018 angestrebte Haushaltsüberschuss von 3,5% des BIP sei unrealistisch und solle mit 1,5% angenommen werden.

Großbritannien: Brexit

8. Februar: Nachdem vor zwei Wochen das britische Höchstgericht entschieden hat, dass für den Antrag Großbritanniens auf EU-Austritt die Zustimmung des Parlaments notwendig ist, stimmt dieses den Plänen der Regierung zum Austritt aus der EU zu. Die Regionalparlamente von Schottland, Wales und Nordirland haben kein Mitspracherecht.

Schweiz: Unternehmenssteuerreform

13. Februar: Die Schweizer Bevölkerung lehnt in einer Abstimmung die Unternehmenssteuerreform III ab, die eine Neuregelung der Steuerprivilegien von Unternehmen vorgesehen hätte.

EU: CETA

15. Februar: Das Europäische Parlament stimmt dem Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) zu.

EU: Europäisches Semester

22. Februar: Die Europäische Kommission legt im Rahmen des Europäischen Semesters die jährliche Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Lage in den Mitgliedsländern vor. In diesem Rahmen wurde auch das makroökonomische Ungleichgewicht von 13 Mitgliedsländern überprüft. Demnach bestehen ein übermäßiges Ungleichgewicht in Bulgarien, Frankreich, Kroatien, Italien, Portugal und Zypern, ein Ungleichgewicht in Deutschland, Irland, Spanien, den Niederlanden, Slowenien und Schweden und kein Ungleichgewicht in Finnland. In einem Bericht über die Staatsverschuldung Italiens wird das Kriterium des Schuldenstandes als nicht erfüllt angesehen, sofern nicht die von der Regierung zugesagten Strukturmaßnahmen von mindestens 0,2% des BIP bis spätestens April 2017 glaubhaft durchgeführt werden. Über die Einleitung eines Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit wird die Kommission erst auf Grundlage der Frühjahrsprognose entscheiden. Wie eine Überprüfung der österreichischen Behörden gezeigt hat, wurde der Schuldenstand im Zeitraum 2008/2012 in den statistischen Datenmeldungen an Eurostat von 2012 und 2013 falsch dargestellt. Eine Geldbuße von 29,8 Mio. € soll verhängt werden.

EU: Weißbuch

1. März: Der Präsident der Europäischen Kommission Juncker stellt ein Weißbuch zur Zukunft der Europäischen Union vor¹⁾. Es zeigt fünf Szenarien auf, wie sich die 27 Mitgliedsländer gemeinsam als Union bis 2025 entwickeln könnten: 1. Keine Änderung, 2. Reduktion auf den Binnenmarkt, 3. Koalition der Willigen, 4. Weniger, aber effizienter, 5. Viel mehr gemeinsames Handeln.

PSA Peugeot Citroën: Opel

7. März: Der französische Autokonzern PSA Peugeot Citroën kauft für 1,3 Mrd. € Opel und Vauxhall von General Motors und wird damit zum zweitgrößten Autohersteller in Europa nach Volkswagen.

EU: Europäischer Rat

9.-10. März: Der Europäische Rat wählt Donald Tusk für eine zweite Amtszeit bis 30. November 2019 zu seinem Präsidenten. Einzig die polnische Ministerpräsidentin Szydło spricht sich gegen die Wahl ihres Landsmannes aus. Aufgrund des Protestes Polens wird keine einstimmige Schlusserklärung verfasst.

¹⁾ Europäische Kommission, Weissbuch der Kommission zur Zukunft Europas. Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien, COM(2017)2025, Brüssel, 2017, https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/weissbuch_zur_zukunft_europas_de.pdf.

10. März: Anlässlich der jährlichen chinesischen nationalen Konsultativkonferenz präsentiert Ministerpräsident Li Keqiang industriepolitische Richtlinien zur Umsetzung des "chinesischen Traumes": Mit staatlicher Unterstützung sollen die Branchen IT, Roboter und Automatisierung, Raumfahrt und Flugzeugbau, Schiffsbau, Eisenbahnbau, Elektrofahrzeuge und Autotechnik, Elektronik, landwirtschaftliche Maschinen, Biopharmazeutika und Medizintechnik weltweit eine Führungsposition übernehmen.

China: Konsultativkonferenz

13. März: Die EU verlängert die Sanktionen gegen Russland wegen der Verletzung der territorialen Unversehrtheit der Ukraine bis 15. September 2017.

EU: Russland-Sanktionen

16. März: Die Notenbank der USA erhöht den Leitzinssatz um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate liegt somit in einer Spanne von 0,75% bis 1%, die Discount Rate (Primary Credit Rate) zwischen 1% und 1,5%.

USA: Leitzinssatz

17. März: Saudi-Arabien und China unterzeichnen ein Investitionsabkommen im Ausmaß von 65 Mrd. \$. Vorgesehen ist die Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Finanzen und Raumfahrt.

Saudi-Arabien und China

17.-18. März: Die Finanzminister der G 20 diskutieren in Baden-Baden die Bedeutung des Freihandels. In der Abschlusserklärung der Industrie- und Schwellenländer fehlt wegen des Widerstandes der USA ein Bekenntnis zum Freihandel und zum Kampf gegen den Klimawandel.

G 20: USA

21. März: Im aktuellen Wirtschaftsausblick für China warnt die OECD vor der hohen Verschuldung chinesischer Unternehmen, von denen fast zwei Drittel im Eigentum des Staates stehen. Die Verschuldung ist mit 170% des BIP die höchste unter den führenden Volkswirtschaften.

OECD: China

25. März: In Rom findet ein Gipfeltreffen der verbleibenden 27 EU-Mitgliedsländer zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge²⁾ statt. In der "Erklärung von Rom" bekennen sich die Mitgliedsländer zu einer gemeinsamen Zukunft nach dem Austritt Großbritanniens.

EU: Gipfeltreffen

29. März: Mit der Übergabe der Erklärung der britischen Premierministerin May zur Aktivierung von Art. 50 des Lissabon-Vertrages an Ratspräsident Tusk beginnen die für höchstens zwei Jahre vorgesehenen Austrittsverhandlungen Großbritanniens mit der Europäischen Union. Die verbleibenden 27 EU-Länder wollen bei den Austrittsverhandlungen mit einer Stimme sprechen und diese Vorgangsweise bei einem Sondergipfel Ende April 2017 festlegen.

Großbritannien: Brexit

Der Zusammenschluss der Deutschen Börse AG (DBAG) mit der London Stock Exchange Group (LSEG) wird von der Europäischen Kommission abgelehnt. Ein Zusammenschluss würde für das Clearing festverzinslicher Finanzinstrumente den Wettbewerb erheblich einschränken.

Börsen: Zusammenschluss

2. Österreich

11. Jänner: Bundeskanzler Kern stellt das Programm der SPÖ "für Wohlstand, Sicherheit & gute Laune" ("Plan a") vor. Es enthält Lösungsvorschläge zu einer umfassenden Modernisierung der Wirtschaft und stellt das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit in den Mittelpunkt³⁾.

SPÖ: Plan a

16. Jänner: Finanzminister Schelling stellt seine Überlegungen für ein Arbeitsprogramm, den "Pakt für Österreich" ("Plan B")⁴⁾ vor. Österreich habe ein Problem im Bereich der öffentlichen Ausgaben, nicht der Einnahmen, und er werde keine neuen Steuern einführen. Substanzsteuern und die Wertschöpfungsabgabe lehnt er ab. Der Plan sieht vor, die Staatsschuldenquote bis 2021 unter 70% des BIP zu senken und einen Budgetüberschuss zu erwirtschaften.

ÖVP: Plan B

²⁾ 1957 unterzeichneten Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande den EWG-Vertrag, den EURATOM-Vertrag und das Abkommen über gemeinsame Organe der Europäischen Gemeinschaft.

³⁾ <https://download.headroom.at/meinplana/planA.pdf>.

⁴⁾ <https://www.oevp.at/team/schelling/Schelling-Rede-Pakt-fuer-Oesterreich.psp>.

Bundesregierung: Arbeitsprogramm

30. Jänner: Die Bundesregierung präsentiert das Arbeitsprogramm 2017/18 "Für Österreich"⁵⁾ und aktualisiert damit das Arbeitsprogramm der Regierungskoalition aus dem Jahr 2013⁶⁾. Ziel sind die Unterstützung der Klein- und Mittelbetriebe und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Industrie. Das Programm soll zusätzlich (über die Beschäftigungseffekte der Konjunkturbelebung hinaus) 70.000 Arbeitsplätze schaffen. Alle Vorhaben stehen unter der Prämisse einer Senkung der Steuer- und Abgabenquote und sind mit einem konkreten Zeit- und Umsetzungsplan versehen. Die kumulierten Gesamtkosten werden auf 4 Mrd. € geschätzt und sollen über den Bundesfinanzrahmen gegenfinanziert werden. 2,8 Mrd. € sollen durch Einsparungen, Minderausgaben und Umschichtungen wie Effizienzsteigerungen in der Verwaltung und im Förderwesen, Priorisierungen, e-Government sowie Einsparungen in ausgegliederten Einheiten und Sachkosten erbracht werden. Die verbleibenden 1,2 Mrd. € sollen durch zusätzliche Einnahmen aufgrund der erwarteten Konjunktur- und Beschäftigungseffekte finanziert werden. Die insgesamt 44 Maßnahmen umfassen 23 Vorhaben zur Zukunft der Arbeit und des Standortes (u. a. Beschäftigungsbonus, Vermeidung von Gewinnverschiebung, Halbierung der Flugabgabe, Milderung des Effektes der kalten Progression, Erhöhung der Forschungsprämie, Erweiterung der vorzeitigen Abschreibung, ein Wohnpaket, Arbeitszeiflexibilisierung, Indexierung der exportierten Familienbeihilfe, Einführung eines Mindestlohnes, Arbeitsmarktmaßnahmen wie die Beschäftigungsaktion "20.000" und eine Änderung des Insolvenzrechtes). Die 4 Maßnahmen des Kapitels "Bildung/Innovation" umfassen die Einführung eines Studienplatzfinanzierungsmodells, eines zweiten verpflichtenden Gratiskindergartenjahres, der Schulautonomie und eine Steigerung der Forschungsquote auf 3,76% des BIP. Zu den 6 Punkten im Kapitel "Energie und Nachhaltigkeit" gehören u. a. die Novellierung der Ökostromförderung und eine Zukunftsstrategie für den ländlichen Raum. In den 7 Punkten zur "Sicherheit und Integration" findet sich neben sicherheitspolitischen und Integrationsmaßnahmen sowie migrationsdämpfenden Maßnahmen auch eine verpflichtende Frauenquote in Aufsichtsräten von Großunternehmen. Im Anschluss an die 4 Projekte zum Thema "Staat und Gesellschaft modernisieren" wird die Rolle Österreichs in Europa und der Welt ausgeführt.

Ministerrat: Beschäftigungsbonus

21. Februar: Der Ministerrat beschließt den Beschäftigungsbonus: Unternehmen, die für beim Arbeitsmarktservice gemeldete Arbeitslose oder von einer österreichischen Ausbildungseinrichtung abgehende Personen neue Arbeitsplätze schaffen, wird für die Dauer von drei Jahren die Hälfte der entsprechenden Lohnnebenkosten erlassen. Die Förderung gilt ab einer Beschäftigungsdauer von sechs Monaten, auch für Personen, die im Besitz einer Rot-Weiß-Rot-Karte sind, jedoch nicht für neu Zugewanderte. Diese Maßnahme wird im Bundeshaushalt mit 2 Mrd. € dotiert und nach Ablauf von zwei Jahren evaluiert.

Ministerrat: Kommunalinvestitionsgesetz

28. März: Der Ministerrat beschließt das Kommunalinvestitionsgesetz. Mit 175 Mio. € will der Bund 2017 und 2018 zusätzliche Investitionen der Gemeinden in Kinder- und Seniorenbetreuung, Verkehr und Wasserversorgung oder Freizeiteinrichtungen im Ausmaß von bis zu 25% des Projektvolumens unterstützen. Heuer stehen 87 Mio. € an Fördermitteln zur Verfügung, die, falls sie nicht ausgeschöpft werden, 2017 zusätzlich vergeben werden können. Das Programm soll rund 800 Mio. € an Investitionen auslösen, womit bis zu 8.500 neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

Nationalrat: risikoaverse Finanzgebarung, OeBFA, Flugabgabe

29. März: Der Nationalrat beschließt ein Spekulationsverbot sowie die Anwendung des Grundsatzes der risikoaversen Finanzgebarung für den Bund, seine Rechtsträger und die Sozialversicherungen ab 2018. Die Österreichische Bundesfinanzierungsagentur (OeBFA) erhält erweiterte Aufgaben als Finanzdienstleister. 2018 wird die Flugabgabe halbiert. In Österreich abfliegende Passagiere zahlen ab 2018 für einen Kurzstreckenflug 3,5 €, für einen Mittelstreckenflug 7,5 € und für einen Langstreckenflug 17,5 €. Der mittelfristige Finanzrahmen wird 2017 und 2018 statt wie bisher im April zusammen mit dem bis Mitte Oktober vorzulegenden jährlichen Bundesvoranschlag

⁵⁾ <http://archiv.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=65201>.

⁶⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik. IV. Quartal 2013", WIFO-Monatsberichte, 2014, 87(1), S. 36, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/47107>.

verabschiedet. Nach Abschluss der derzeit laufenden Evaluierung der Haushaltsrechtsreform wird über die endgültige Verschiebung in den Herbst entschieden. Ersatzweise wird im Frühjahr eine makroökonomische Generaldebatte abgehalten, die an das bis Ende April an die Europäische Kommission zu übermittelnde Stabilitätsprogramm anknüpft.

30. März: Die budgetäre Notifikation an die Europäische Kommission weist für das Jahr 2016 ein öffentliches Defizit von 5,4 Mrd. € bzw. 1,6% des Bruttoinlandsproduktes aus, das damit leicht über dem von der Bundesregierung prognostizierten Wert von 1,4% des BIP liegt. Der öffentliche Schuldenstand betrug Ende 2016 295,7 Mrd. € bzw. 84,6% des BIP (-0,9 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr).

EU: budgetäre Notifikation